

Dieses Heftung original  
...  
Preis ...

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
...  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 353 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von U. Weg.  
Druck von E. H. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaitr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Streikbrecheruppe.

Die Unternehmer befinden sich in Schwulst. Sie können sich nicht einig über die Frage, ob bei einer Aussperrung auch die Unorganisierten ausgesperrt werden sollen. Der Unternehmerpräsident Dr. Neuhaus hat nun vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller den Auftrag erhalten, über diese wichtige Frage einmal ganz intensiv nachzudenken. Das hat er getan, aber das Ergebnis seines Nachdenkens ist nicht imponierend. Für uns als Gewerkschafter wirkt es direkt belustigend, was er bringt. Dr. Neuhaus kommt zu dem Resultat, daß bei einer eventuellen Aussperrung alles auszusperrn sei, und er fährt dann fort:

Eine andere Frage ist es, ob es nicht zweckmäßig ist, die Unorganisierten auf andere Weise zu unterstützen. Dann ist auch die Gefahr nicht vorhanden, daß wirklich Organisierte seitens der Arbeitgeber, die aussperrten sollen, als Unorganisierte gemeldet werden, nur um sie im Betriebe zu erhalten und den Betrieb fortführen zu können. Wird den Verbänden, oder besser dem einzelnen Arbeitgeber freigestellt, diese Leute zu unterstützen, hat jeder Arbeitgeber ein Interesse daran, nur wirklich Unorganisierte zu benennen. So hat der Eisenhüttenverband Niederschlesien im vergangenen Jahre bei seiner Aussperrung Freistriche für die Unorganisierten eingerichtet und diese wochenlang durchgehalten. Eine andere Möglichkeit, diese Arbeiter nicht in die Arme der Gewerkschaften zu treiben, gibt es wohl nicht.

Wenn ich zusammenfasse, so kommt man zu der Ansicht, daß bei einer notwendigen Aussperrung

die Unorganisierten mit auszusperrten sind; daß einzelne Ausnahmen, besonders bei abgelegenen Orten usw., mit Genehmigung des Verbandes für jeden einzelnen Fall möglich, aber meist nicht zweckmäßig sind; daß höchstens eine Unterstützungsmaßnahme in Betracht kommt.

Ich wäre dankbar, wenn man uns andere Mittel und Wege zeigen könnte, um Unorganisierte ohne Schaden für den Gesamtkampf von einer Aussperrung auszunehmen.

Wir sind als Arbeitnehmerorganisation bestrebt, den Arbeitnehmern diese Sorge abzunehmen. Wir wollen alle Arbeiter organisatorisch erfassen, damit sie mithelfen, die Verbandsfinanzen zu stärken und wir sie während eines Kampfes unterstützen können. Allerdings, das ist den Arbeitnehmern auch nicht recht. Sie dürfen sich aber auch nicht einbilden, daß sie mit ihrer Streikbrecheruppe lange Glück haben werden. In ihr werden selbst die zufriedenste Schafe bald keinen Geschmack mehr finden und sie kommen dann doch über kurz oder lang zur Organisation, denn die Streikunterstützung verschafft dem Besitzer ein gutes Gewissen und fähigt mehr als die gelbe Suppe, die das Empfinden des Verrats und der Verächtlichkeit bis zum Rohen verleibt.

Wir stehen aber nicht an, Herrn Dr. Neuhaus und seinen Auftraggebern einen Weg zu zeigen, wie man Unorganisierte von der Arbeiterorganisation fernhalten kann. Das Mittel ist sogar höchst einfach. Man gebe den Unorganisierten, während sie mit ausgesperrt sind, ihren vollen Lohn. Doch Spaß beiseite. Es ist schon so, daß für diese Schmerzen der Unternehmer und ihrer Überzeugten und nicht Überzeugten Vertreter kein Kraut gewachsen ist. Nehmen wir doch einmal einen Großbetrieb von 10 000 Beschäftigten. Nehmen wir ferner an, davon sind nur 4000 organisiert. Die Arbeiter stellen Forderungen, die Firma lehnt jedes Zugeständnis ab, es kommt zum Streik. Die Organisation zieht von den 4000 Organisierten nur 600 heraus, selbstverständlich jene, die an den für den Gesamtbetrieb wichtigsten Posten stehen. Die Firma schließt den Betrieb, d. h. die übrigen 9400 sind ausgesperrt. Wer sagt nun der Firma, welches die Organisierten und welches die Unorganisierten sind? Will die Firma die 9400 oder auch nur 6000 — falls sie die Organisierten herausfinden könnte — unterstützen, so ist sie mit Rücksicht auf die ihr aus der Unterstützung erwachsenden Ausgaben unter Umständen früher am Ende ihres Latens als die Arbeiterorganisation. Die Unterstützung der Unorganisierten durch die Firma läge indirekt tatsächlich im Interesse der streikenden Arbeiter. Unterstützt die Firma die Unorganisierten nicht, dann werden diese durch die Aussperrung reif gemacht für die Organisation und außerdem bringt das Unternehmertum durch solche umfangreiche Aussperrung mehr und mehr die gesamte Öffentlichkeit gegen sich. Diese Tatsache muß sich geistig, politisch und gesellschaftlich auswirken.

Ist die Zahl der Unorganisierten in einem Betriebe so groß, daß sie den Betrieb weiterführen, also auch die Streikenden qualitativ ersetzen kann, dann wird die Arbeiterorganisation nicht angreifen, sondern zunächst die Agitation weiterführen. Ist die Zahl der Unorganisierten im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft klein, so kann der Kampf eingeleitet werden, wenn sonst die Erfolgsmöglichkeiten gegeben sind, ohne Rücksicht darauf, was mit den wenigen Unorganisierten geschieht. Eine materielle Unterstützung der Unorganisierten durch die Firma ist übrigens in allen Fällen zwecklos, wenn diese Unorganisierten den Streik der Organisation nicht un-

terstützen machen und damit der Firma nützlich sein können. Aus alledem ergibt sich, daß es den Gewerkschaften gleichgültig sein kann, was die Unternehmer mit den Unorganisierten anfangen. Für uns aber bleibt die Lösung die gleiche wie seither: jede mögliche und erfolgversprechende Art der Agitation in Angriff zu nehmen und durchzuführen.

### Die Liquidation der Wirtschaftskrise.

Von Prof. E. Lederer (Selbelberg).

Die deutsche Wirtschaft feiert ein trauriges Neujahr. Schon Anfang Dezember 1925 wurden mehr als 650 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose gezählt, neben den bereits ausgesperrten und den zahlreichen Angestellten, welche in der Zeit überhaupt kein Recht auf eine Unterstützung genießen, und zu Ende des Jahres erwartet man weitere Entlassungen. Auch das Weihnachtsgeschäft hat den erhofften Wendepunkt nicht gebracht. Die Lohn- und Gehaltskürzungen, die schlechten Geschäftsabschlüsse usw. nötigen überall zu größter Sparsamkeit, bevorstehende oder gesuchte Entlassungen erzwingen möglichsie Einschränkung des Konsums. Dazu die im übrigen wirkungslose Preisabbauaktion der Regierung, welche viele Käufer veranlaßt haben mag, ihre Einkäufe aufzuschieben, in der Hoffnung, ihren Bedarf später zu billigeren Preisen decken zu können. Unter normalen Verhältnissen, d. h. bei freier Konkurrenz, hätte eine solche Käuferabstinenz auch tatsächlich eine Preisenkung herbeiführen müssen. Die straffe Organisation der deutschen Produzenten hat dem entgegengekömmt und lediglich eine weitere Einschränkung der Produktion herbeigeführt.

Wir können heute nicht einmal sagen, ob die Krise schon ihren Höhepunkt erreicht hat oder nicht. Um das zu können, müßten wir über die tatsächliche in der Volkswirtschaft gezahlten Löhne und Gehaltssummen, Gewinne usw. auf der einen, die Produktionsziffern auf der anderen Seite und über eine genauere Kenntnis der Zusammensetzung dieser Produktion mit Rücksicht auf den Bedarf verfügen. In jeder Krise bahnt sich durch den Druck des Strebens nach größtmöglicher Rentabilität nicht nur eine Umorganisation der Gütererzeugung an, sondern es verschleibt sich auch das Verhältnis der einzelnen Produktionsgebiete zueinander, um das in der Konjunktur gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Wir wissen heute noch nicht einmal, ob diese Bewegung und in welchem Umfange sie stattfindet. Der Reichsverband der deutschen Industrie selbst hat in seinem eben beschlossenen Wirtschaftsprogramm nachdrücklich darauf hingewiesen, daß der Produktionsapparat in Deutschland im Verhältnis zum Verbrauch maßlos angeschwollen sei. Das hindert ihr freilich nicht, in demselben Programm der Auflösung der Kartelle entgegenzutreten, weil diese „zwar vielleicht vorübergehend“ — warum nur vorübergehend? — die Preise ermäßigen, gleichzeitig aber Produktionsmittel vernichten und Arbeitslosigkeit herbeiführen würden. Wie soll denn die maßlose Ausdehnung unzweckmäßiger Produktionsmittel korrigiert werden, wenn nicht durch wirtschaftliche Vernichtung, d. h. Stilllegung, vielleicht sogar Abbruch? Das wird sich aber nie im Rahmen eines Kartells, sondern immer nur bei freier Konkurrenz, eventuell innerhalb eines Trusts vollziehen. In letzterem allerdings ohne die gewünschte automatische Preisenkung.

Heute steht also die Situation so, daß sich die ganze Liquidation der Krise unter der Kontrolle der Banken nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten vollzieht. Das ist auch in einer privatkapitalistischen Wirtschaftsorganisation natürlich. Wir können nicht erwarten, daß andere Maßstäbe angewendet werden. Aber wir haben leider keine Gewähr dafür, daß die Krise nunmehr, da sie durch Krieg, Inflation und Verschleppung so übermäßig hart geworden ist, so zweckmäßig und rasch als möglich saniert wird.

Die Hemmnisse gegen eine rasche Sanierung liegen vor allem in zwei Punkten:

1. Das wichtigste Mittel, um die Rationalisierung zu erzielen, ist in der Krisenzeit die Steigerung des Zinsfußes bzw. die Droßelung des Kredits überhaupt. Beide Maßnahmen führen das verfügbare Leihkapital bei richtiger Kreditpolitik den besten Unternehmungen zu, und man erwartet normalerweise, daß diese sich der neuen Situation, d. h. der gesunkenen Aufnahmefähigkeit des Marktes, durch Verbesserung der Produktion, insbesondere Herabsetzung der Kosten, anpassen. Bei dieser Erwartung vertraut man dem automatischen Gang des Wirtschaftslebens. Dieser Automatismus setzt aber freie Konkurrenz, welche in der Krisenzeit die Preise wirft, und darüber hinaus fähige Unternehmer voraus. Die gesunkenen Preise stellen einen starken Anreiz, ja geradezu einen Zwang zur Verbesserung der Produktion dar. In Deutschland hingegen sind gegenwärtig die Preise keineswegs erheblich gesunken, jedenfalls noch nicht so weit, als daß dadurch eine Besserung der Ausfuhr eintreten könnte. Außerdem ist doch die Tendenz zur Senkung der Löhne und Gehalte unverkennbar. So bleibt als einziges Druckmittel für die Rationalisierung der hohe Zinsfuß, der aber überall dort eben

nicht wirkt, wo die Löhne entsprechend gesenkt werden können und so die Konkurrenz durch die Kreditrationierung aus dem Markt geworfen wird, bzw. durch die Kartellierung von vornherein abgeschwächt war. Aus diesen Gründen erklärt sich wohl die Hartnäckigkeit und die lange Dauer der Krise, und sie lassen die Befürchtungen auf weitere Dauer und Verschärfung nur zu berechtigt erscheinen.

2. Es ist die Frage, ob die bisherige Auswahl derjenigen Unternehmungen, welchen Kredite zugewendet wurden, von den Banken immer in richtiger Weise getroffen wurde. In der Tat ist diese Auswahl ja ein sehr schwieriges Problem, da es Unternehmungen, welche an sich richtig organisiert waren, denen es wirklich nur an Betriebskapital mangelte, innerhalb Deutschlands wohl nur sehr wenige gegeben haben mag. Wie leßthin im „Magazin der Wirtschaft“ mit Recht hervorgehoben wurde, war es ja nicht nur der Mangel an reinem Betriebskapital, der diese schwere Krise hervorgerufen hat. Wenn alle Unternehmungen in der richtigen Weise konstruiert gewesen wären, d. h. nicht einer technischen Neuorganisation bedurft hätten, dann hätte das Weiterstreben der Inflation bis zum Nullpunkt zwar die Krise nicht verhindern können, aber es hätte doch bloß zu einer reinen Betriebsmittellkrise geführt. Diese konnte ohne wesentliche Störung des Preisniveaus durch Ausgabe von Zahlungsmitteln und Gewährung von Krediten saniert werden, da ja die Inflation die bisherigen Eigentümer des Betriebskapitals enteignet und also deren Kaufkraft vernichtet hatte. Nun zeigte sich aber, daß die seit 1924 notwendigen und bereitgestellten Kredite nicht nur zur Lohnzahlung, Rohstoffbeschaffung usw., also als Betriebskredit, notwendig waren, sondern daß darüber hinaus Investitionen zur inneren Umkonstruktion der Betriebe notwendig wurden. Die Bemühungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die kurzfristigen Auslandskredite in langfristige zu konsolidieren, gewinnen von diesem Gesichtspunkt aus erhöhte Bedeutung. Die Banken mußten also nicht nur Unternehmungen durch rasch zurückfließende Geldvorschüsse flottmachen, sondern tatsächlich Anlagekapital zur Verfügung stellen, wenn dieses auch rechtlich als kurzfristige Betriebsmittel geliehen wurde. Um nun beurteilen zu können, welche Unternehmungen dieser Neufinanzierung, wenn man so sagen kann, würdig seien, hätten sie wohl eine genauere Kenntnis der Arbeitsbedingungen und der für den heutigen Markt notwendigen Produktionsformen haben müssen, als irgend eine Stelle in Deutschland besitzt. So ist es also fraglich und angeht des großen Einflusses, den gerade Unternehmungen mit breiter Kapitalbasis auf die Banken besitzen, doppelt fraglich, ob die Kredite überall in die richtigen Hände geleitet wurden. Wenn man überlegt, daß das Hindenburg-Programm auf der einen Seite, die ungeheuerlichen Ineffizienzen während des Ruhrkampfes auf der anderen Seite geradezu Mammutbetriebe mit bedeutendem wirtschaftlichen und politischen Einfluß geschaffen haben, so wird man die Besorgnis nicht unterdrücken können, daß auch vollkommen ausfälschten Unternehmungen oder aber verhältnismäßig zu vielen Unternehmungen derselben Industrie in den letzten Monaten, schließlich mit negativem Effekt, Kredite zufließen.

So zeigt sich neuerdings, daß die gewaltigen Aufgaben, welche in dem Sanierungsprozeß der deutschen Wirtschaft gegenwärtig zu lösen sind, ohne einen genaueren Überblick über den Wirtschaftsprozess und ohne eine überlegene Leitung der Kreditmaschine nicht richtig angepackt werden können, bzw. dann eben auf dem Rücken der Arbeiter und Arbeitlosen gelöst werden müssen, deren verlängerte Arbeitslosigkeit und gesunkenes Lebensniveau einen systematischen und beschleunigten Rationalisierungsprozeß erfordern soll.

### Wirtschaftspolitische Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

In einer 67 Druckseiten umfassenden Denkschrift gibt der Reichsverband der Deutschen Industrie einen Überblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage in Deutschland und knüpft daran eine Reihe wirtschaftspolitischer Vorschläge, die sich auf das Gebiet der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftspolitik und auf die Gebiete der Gütererzeugung und Güterverteilung beziehen. Diesen Vorschlägen ist eine ausführliche Begründung beigelegt. Nachdem das Kabinett Luther, das doch für die Wünsche des Reichsverbandes ein besonders williges Ohr hatte, die deutsche Finanzwirtschaft und Handelspolitik in Grund und Boden verpfuscht hat, muß man sich einigermaßen wundern, daß der Reichsverband mit seinen Vorschlägen und seiner Kritik ja in dem Augenblick hervortritt, wo dieses Kabinett durch ein anderes ersetzt werden soll. Die wirtschaftspolitischen Maßregeln, die er kritisiert, kommen doch restlos als Konto seiner Regierung. Es erübrigt sich, auf die Vorschläge des Reichsverbandes in allen Einzelheiten einzugehen, da sie nichts, bzw. fast nichts, enthalten, was nicht schon unzählige Male von der Industrie selbst bei allen möglichen Gelegenheiten verlangt worden wäre. Die in ihrem Inhalte durchaus nicht als überragende Leistung anzusperrhende Denkschrift wendet sich mit ihren Forderungen an die Regierung, die Banken, den Handel, das Handwerk usw., aber fast in keiner Zeile an die Industrie selbst. Man sieht in gewohnter Weise der ganzen Welt die Verantwortung zu und macht nicht die leisesten Anstalten, vor der eigenen Tür zu kehren. Es wird von der Notwendigkeit einer Bezeichnung der Zwangswirtschaft gesprochen, im gleichen Atem aber vertritt man die Interessen der Kartellpolitik. Man verlangt Ermäßigung der Eisenbahntarife, insbesondere für Kohletransporte, spricht aber nicht von den 10 Mill. Tonnen Kohle, die an der Ruhr



auf haben liegen und deren Vorhandensein gebieterisch eine Kohlenpreiserhöhung fordert. Dem Reiche, den Ländern und Städten wird Sparlichkeit, Vereinfachung der Verwaltung usw. empfohlen, ohne daß jedoch von der Reichsregierung der Deutschen Industrie, seinen Unterverbänden und den ihm befreundeten Verbänden sich verkörpernden Überorganisation der deutschen Privatwirtschaft auch nur ein Wort erwähnt würde. Man sucht in der ganzen Denkschrift vergeblich nach einer neuen Idee.

## OOO Aus der Industrie OOO

### Chemische Industrie

#### Deutsch-englische Kunstseide.

Die Vereinigten Glanzstofffabriken, A.-G., in Elberfeld und die Kunstseidefabrik Courtauld Ltd. London haben am 19. Dezember eine Gesellschaft zur Erbauung einer neuen Kunstseidefabrik in Deutschland gebildet. Die neue Gesellschaft wird den Namen Glanzstoff-Courtauld, G. m. b. H., führen und ihren Sitz in Elberfeld nehmen. Nach dem Bericht der „Deutschen Bergwerkszeitung“ verfügt die Gesellschaft über ein Stammkapital von 2 Millionen Reichsmark, das von den beteiligten Firmen je zur Hälfte übernommen wird. Wo die neue Fabrik errichtet werden soll, steht noch nicht fest, voraussichtlich im Rheinland.

Die Gründung dieser deutsch-englischen Kunstseidegesellschaft läßt allerhand Schlussfolgerungen zu. Man geht wohl nicht fehl, wenn man der Gesellschaft einen stark spekulativen Charakter beilegt. Die Elberfelder Glanzstofffabriken spielen seit jeher auf dem Weltmarkt eine bedeutende Rolle. Die Entwicklung der Kunstseide-Industrie in der Nachkriegszeit erfolgte so rapid, daß Vergleiche mit anderen Industrien nicht möglich sind. Die Kunstseide hat sich schnell eingebürgert, und die Nachfrage stieg von Tag zu Tag. Während die Weltproduktion in Kunstseide im Jahre 1913 10 000 Tonnen betrug, ist sie bis zum Jahre 1924 auf 65 000 Tonnen gestiegen und wird für das Jahr 1925 auf rund 70 000 Tonnen geschätzt.

Bei einer solchen Entwicklung ist es verständlich, daß sich das Kapital dieser Verdienstmöglichkeit zuwendete. Die Interessengemeinschaft der deutschen Leersfarbentfabriken strebt schon seit Jahren eine eigene Kunstseidefabrik. Vor nicht langer Zeit ging die Gesellschaft dazu über, zwei weitere Kunstseidefabriken einzurichten. Da wurde eines Tages in der „Deutschen Bergwerkszeitung“, der Tageszeitung der deutschen Industrie, eine Warnung losgelassen, keine allzu großen Hoffnungen auf die Kunstseide-Industrie zu setzen, da die Überproduktion bereits in Erscheinung trete, mit einer allgemeinen Flaute gerechnet werden müsse und die Aufnahmefähigkeit für Kunstseide beschränkt sei.

Diese Warnung verhalte nicht ungehört. Sehr bald trafen Abwägungsergebnisse ein, die angeblich auf die Preisgestaltung der Kunstseide in Deutschland zurückzuführen sind. In Angriff genommene Erweiterungs- und Neubauten wurden verzögert und schließlich ganz eingestellt. Aus Pressestimmen wurde bekannt, daß die Kunstseide-Industrie zwar in der Welt floriert, aber Deutschland nicht mit kann, weil die deutsche Technik mit der ausländischen nicht Schritt gehalten hat. Wir haben das bereits im „Proletarier“ Nr. 52 vom 26. Dezember v. J. angeführt.

Dieselbe „Deutsche Bergwerkszeitung“, die vor nicht langer Zeit als Warner auftrat, berichtet am 22. Dezember über die deutsch-englische Neugründung und schreibt dazu, daß im übrigen diese Neugründung vornehmlich geeignet ist, die in letzter Zeit verschiedentlich verkannten ungünstigen Meinungen und Gerüchte über Lage und Entwicklungsmöglichkeiten der Kunstseide-Industrie zu beseitigen. Die Entwicklungstendenzen dieses Geschäftszweiges müßten im Gegenteil als recht günstig bezeichnet werden. Der Bedarf Amerikas, das über keine Kunstseidefabriken verfügt, ist außerordentlich groß, und trotz der hohen Einfuhrzölle ist dortin noch eine löhrende Einfuhr möglich. Auch England und Hollandisch-Indien haben demernd großen Bedarf an Kunstseidefabrikaten. Dazu kommt in absehbarer Zeit auch China. Ein Absatzrückgang in Kunstseide muß daher als eine nur ganz vorübergehende Erscheinung betrachtet werden.

Diese Ausführungen der „Deutschen Bergwerkszeitung“ fehlen, wie schon oben bemerkt, im Widerspruch mit früheren Ausführungen derselben Zeitung. Sie sind wahrscheinlich von den Vereinigten Glanzstofffabriken Elberfeld selbst verfaßt, die in der künstlich erzeugten Kräftekränkung die Fusion mit der englischen Gesellschaft ohne Ansehen durchzuführen konnte. Bemerkenswert ist noch, daß die Vereinigten Glanzstofffabriken diese Gründung lange vorbereitet haben, indem sie mit der englischen Courtauld-Gesellschaft schon lange freundschaftliche und geschäftliche Verbindungen gepflegt haben. Beide Gesellschaften haben zehnjährige Erfahrungen auf dem Gebiete der Kunstseidegewinnung zur Seite, und sie verfügen über eine große Anzahl maßgebender Patente für England und Deutschland.

Die neugegründete Gesellschaft will ihre Produktion in ganz kurzer Zeit auf 19 000 Kilo täglich bringen. Sie wird dann 60 bis 70 Prozent der gesamten Weltproduktion in Kunstseide ausfüllen.

Diese Zahlen wirken phantastisch an und sind auch nicht richtig. Die Angabe, daß Amerika über keine Kunstseidefabriken verfügt, ist falsch. Die Vereinigten Staaten, die doch auch zu Amerika gehören, hatten im Jahre 1923 einen Anteil von 31,92 Prozent der Weltproduktion. Dieser Anteil wird für 1925 auf 32,46 Prozent geschätzt. Der prozentuale Anteil an der Weltproduktion für Deutschland und England zusammen betrug 1923 22,55, und wird für 1925 auf 22,03 angesetzt. Diese Berechnung erklärt sich daraus, daß England in der Weltproduktion immer an zweiter Stelle stand, in den letzten Jahren aber von Italien verdrängt worden ist. Wenn die Angaben, daß die neue Gesellschaft nach Fertigstellung der geplanten Fabrik über 60 bis 70 Prozent der Weltproduktion verfügen wird, einen Sinn haben sollen, kann dieser nur so gedeutet werden, daß die Beziehungen der Vereinigten Glanzstofffabriken Elberfeld zur amerikanischen Kunstseide-Industrie bereits so eng sind, daß sie die gesamte amerikanische Kunstseide-Industrie nicht nur kontrolliert, sondern beherrscht. Es ist zwar bekannt, daß die Elberfelder Gesellschaft enge geschäftliche Beziehungen zu Amerika hat, aber

von einer Beherrschung der amerikanischen Kunstseide war bisher noch keine Rede.

Mögen die Verhältnisse in der amerikanischen Kunstseide-Industrie liegen, wie sie wollen, die Verdrängung des deutsch-englischen Kunstseidekapitals muß beachtet werden. Es entwickelt sich hier ein Trust, der dem Anilintrust gleich zu erachten ist. Sind in der Kunstseide-Industrie auch nicht so große Kapitalien investiert wie im Anilintrust, so liegt eine wucherische Ausbeutung der Kunstseideverbraucher trotzdem im Bereich der Möglichkeit. Wer ein einzelnes Gebrauchsprodukt, wie es die Kunstseide ist, beherrscht, kommt sehr leicht in die Lage, dem Verbraucher übermäßige Preise vorzuschreiben.

Ob die Arbeiter bei einem solchen Trust zu ihrem Rechte kommen, ist zweifelhaft. Die Kunstseide-Industrie ist ein nicht unwichtiger Zweig der chemischen Industrie. Er hat für die Arbeiter alle Unannehmlichkeiten der chemischen Industrie im Gefolge. Die Arbeiter haben fortgesetzt mit Säuren zu hantieren, die in ihrer Zusammensetzung nicht bekannt sind, weil die Kunstseide-Industrie die Zusammensetzung der Fällsäure als Betriebsgeheimnis wahr. Wegen unbekannter Stoffe können sich die Arbeiter aber nicht schützen. Schwefelkohlenstoff, als Lösungsmittel der Zellulose, schädigt die davon betroffenen Arbeiter außerordentlich stark. Er ist als eines der gefährlichsten Nervengifte seit Jahrzehnten bekannt und hat schon ungeheure Verheerungen bei den Arbeitern angerichtet. Außerdem werden die Arbeiter durch Schwefelwasserstoff belästigt, der unangenehme Augenentzündungen hervorruft. Die Unternehmer bestreiten diese Tatsachen, können sie aber dadurch nicht aus der Welt schaffen. Wenn die Arbeiter entsprechend dieser gefährlichen und zum Teil sehr schmutzigen Arbeit anständige Löhne verlangen, jammern die Unternehmer, daß sie solche Löhne nicht zahlen können, auch wenn aus ihren Verträgeabschlüssen das Gegenteil hervorgeht. Verlangen die Arbeiter Gehaltszulagen, werden sie meist abgewiesen, weil angeblich das Ideal des Arbeitgebers in der Befähigung dieser Gefahren liegt. Wenn die Arbeiter für eventuell vorhandene Gefahren gelbliche Gehaltszulagen bekommen, besteht — immer nach Ansicht der Unternehmer — die Gefahr, daß die Gehaltszulagen verweigert werden und damit die Ausschaltung der Gefahren unterbunden wird.

Diese Ansicht der Unternehmer ist allgemein bekannt. Es soll aber allgemein hervorgehoben werden, daß die Unternehmer ihre häufig hohen Profite angeblich nicht einbüßten können, weil diese Profite eine Risikoprämie für das hineingesteckte Kapital darstellen. Mit welchem Recht wollen die Unternehmer den Arbeitern in solch gefährlichen Betrieben einen anständigen Lohn und Gehaltszulagen verweigern, wo doch das Risiko der Arbeiter viel größer ist als das der Unternehmer? Der Unternehmer kann im schlimmsten Falle einen Teil seines durch die Arbeit der Arbeiter erworbenen Vermögens verlieren. Der Arbeiter muß aber täglich und stündlich seine Gesundheit und sein Leben aufs Spiel setzen. Halten die Unternehmer diesen Einsatz für geringer?

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Unternehmer dieses höhere Recht der Arbeiter nicht anerkennen wollen. Es erwächst den Arbeitern daraus die Pflicht, die Entwicklung der Kunstseide-Industrie aufmerksam zu verfolgen und sich restlos ihrer Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, anzuschließen, denn nur so können sie zu ihrem Rechte kommen. G. Haupt.

#### Nationalisierung und Arbeiterentlassungen.

Die Anleihe der deutschen Kali-Industrie ist im Ausland mit großem Erfolg aufgelegt worden. Daß dieses Vertrauen des Auslandes in die Leistungsfähigkeit dieser Industrie gerechtfertigt ist, zeigt der Bericht über die Generalversammlung des Winterhall-Konzerns. Durch weitestgehende Nationalisierung hat dieser Konzern seine Leistungsfähigkeit außerordentlich gesteigert. Die Nationalisierung ist in einem Maße vollendet wie kaum in einem anderen Industrie-konzern. Die Selbstkosten sind um 50 Prozent gesenkt worden. Während früher in sämtlichen Konzernwerken auf einen Arbeiter und auf eine Schicht ein Doppelzentner Produkt entfiel, ist es heute das 2½fache davon. Dadurch konnten die Werke leicht dem Herabgehen der Produktpreise von 18 Mk. auf 12 bis 13 Mk. je Doppelzentner Reinkali folgen und außerdem noch umfangreiche Bauten durchführen. Die Aussichten für diese Industrie sind auch weiterhin gut, da Kali als wichtigstes Düngemittel in steigendem Maße nachgefragt wird und zumal bei sinkenden Preisen in Deutschland und außerdem noch umfangreiche Bauten durchführen. Die Aussichten für diese Industrie sind auch weiterhin gut, da Kali als wichtigstes Düngemittel in steigendem Maße nachgefragt wird und zumal bei sinkenden Preisen in Deutschland und außerdem noch umfangreiche Bauten durchführen. Die Aussichten für diese Industrie sind auch weiterhin gut, da Kali als wichtigstes Düngemittel in steigendem Maße nachgefragt wird und zumal bei sinkenden Preisen in Deutschland und außerdem noch umfangreiche Bauten durchführen.

### Papier-Industrie

#### Eine unglückliche Papierfabrik.

In Oberursel im Taunus ist die Papierfabrik Oberursel-Hohemark. Dort herrschen haarsträubende Zustände. Man weiß nicht, über was man sich mehr wundern soll, über die Arbeiter, die in solchen Betrieben arbeiten, oder über

die Fabrikinspektion, die solche Zustände im Betriebe duldet. Die Fabrik, die Zellulosepapier herstellt, hat sich nämlich auch auf andere Papiere eingestellt, in der Hauptsache Pergamentpapier. Bei der Herstellung dieser Papiere wird Schwefelsäure gebraucht und kommen die Arbeiter mit der Säure in Berührung. Wie haben kürzlich einen Arbeiter gesehen, der mit dem bloßen Arm wiederholt mit der Säure in Berührung kam und dessen Arm klobig wurde und oben an den Armmuskeln, schon von der Schwefelsäure angegriffen war. Das Pergamentpapier wird durch die Säure durchgeföhrt, und da die Föhrlingsbeweise in dem Säurebehälter nicht geht, müssen die Arbeiter mit den Händen und Armen nachhelfen, damit das Papier durchgeföhrt wird. Warum müssen die Arbeiter mit diesen bloßen Armen bis an das Schultergelenk in die Säure hineingreifen? — Warum sehen die Schutzhandschuhe? — An den Hollartern fehlen die oberen Lagererle, die Wellen liegen also nur in den unteren Lagern. — An der Maschine fehlt das Manometer, so daß überhitzt nicht festgestellt werden kann, wie stark der Druck ist. Die Dampfrohrleitung ist mit Draht befestigt angebracht. Durch das Fehlen des Daches, das vor einigen Wochen durch Brand zerstört wurde, werden die Armen nach und nach durch Luftgeföhren: das Papier trocknet sehr schlecht, wofür dann die Arbeiter verantwortlich gemacht werden. Die zoologischen Ausstände des Herrn Direktor Schmidt, stiegen den Arbeitern bei der geringsten Gelegenheit ins so um den Kopf. Der Betrieb ist wie ein Tambenschlag, fortwährend neue Gesichter; aber immer wieder geknagt es, Nacharbeiter von außerhalb heranzuföhren. Den Deuten wird viel versprochen. Dann werden die Arbeiter noch angehalten, ihre Arbeit und Geschwister kommen zu lassen. Sind die Leute dann da, geht der Tanz los, und in kurzer Zeit liegt die ganze Familie auf der Straße. Die Entschädigung und die Verzeufung der Arbeiterfamilie ist dann groß.

Wir müssen schon die Papierarbeiter Deutschlands ersuchen, bei Angebot von Arbeit in der Papierfabrik Oberursel vorsichtig zu sein. In dem Betriebe sind zur Zeit 50 Arbeiter beschäftigt. Wenn die Gewerbeinspektion in diesem Betriebe nicht bedingt auf Innehaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung drängt, macht sie sich für kommende Unfälle mitverantwortlich. Die Gewerbeinspektion hat den Betrieb schon des öfteren beaufsichtigt, aber von Abstellung der Mängel hat man bis jetzt nichts bemerkt.

#### Der Kampf um die Arbeitszeit.

Der Kampf, um die Arbeitszeit in der Papiererzeugungs-Industrie hat einen vorläufigen Abschluß gefunden. Bei den Verhandlungen über den Gesamtarbeitsvertrag mit dem Arbeitgeberverband am 3. Dezember 1923 stellte sich die Verhandlungskommission der Arbeitgeber auf den starren Standpunkt ihrer Forderung. Sie machten das Fortbestehen des Vertrages eben so wie die Gewährung von Urlaub von der Regelung der Arbeitszeitfrage abhängig und erklärten und heraus, daß für sie eine tarifliche Regelung nur dann noch Bedeutung habe, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben würde, in den einzelnen Betrieben zur 60stündigen Wochenarbeitszeit und zum Zwei-Schichtensystem überzugehen.

Diese Haltung der Arbeitgeber ist nicht nur volkswirtschaftlich und nationalökonomisch betrachtet unverständlich, sondern misachtet auch vollkommen die innen- und außenpolitischen Belange der deutschen Wirtschaft. Wiederholt haben wir bei allen Verhandlungen seit Jahren den Arbeitgebern nachgewiesen, daß in allen für die deutsche Papiererzeugungs-Industrie in Betracht kommenden Konkurrenzstaaten der Achtstundentag und das Drei-Schichtensystem eingeföhrt sind, und daß in der Mehrzahl der Papierindustrien dieser Staaten auch noch wesentlich höhere Löhne gezahlt werden. Es gibt in der ganzen Kulturwelt, mit Ausnahme von China und Japan, kein Unternehmertum, in dem von der Papierarbeiterkassette ihres Landes eine 60- bis 84-stündige Arbeitszeit pro Woche und darüber verlangt wird. Diese Schwarzmacherei bleibt ausgerechnet den deutschen Papiererzeugungs-Industriellen vorbehalten. Selbst in Japan beträgt die gesetzliche wöchentliche Höchst-arbeitszeit nur 57 Stunden.

Diese Tatsachen sind den deutschen Papiererzeugungs-Industriellen auch nicht unbekannt, und selbst wenn sie es nicht wüßten, hätten sie die Gelegenheit, es in ihren eigenen Unternehmerzeitungen zu lesen. Dazu einige Beispiele.

In der Nr. 97 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1923, befindet sich ein Pariser Brief, in dem es u. a. heißt:

Die Arbeiterverhältnisse (in Frankreich) sind überall befriedigend. Die Arbeiterverbände sehen darauf, daß der Achtstundentag nicht ohne dringenden Grund überschritten wird, und damit fällt einer der Streitpunkte weg.

Eine ähnliche Notiz befindet sich in Nr. 98 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1923, über die Entwicklung in der Papierindustrie in Belgien, worin es heißt:

Die Entwicklung der Papierindustrie in Belgien ist zufriedenstellend, da die Betriebe auch weiterhin in drei Schichten arbeiten.

In einem Bericht über die Löhne in der Niederländischen Stroh-pappenindustrie in Nr. 100 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1923, befindet sich u. a. folgender Satz:

Die Arbeitszeiten betragen 8 Stunden, Sonnabends 7 Stunden.

Und selbst Dr. P. Barandot muß in der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ zugeben, daß in England, dem Lande des geheiligten Wochenendes, die Arbeitszeit weniger als 48 Stunden pro Woche beträgt.

Dieses sind klassische Zungen aus dem Unternehmertum, die sicherlich auch von den deutschen Papiererzeugungs-Industriellen anerkannt werden müssen. Weiterhin werden die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen nicht bestreiten können, daß die Arbeitszeit in einem großen Teil von europäischen Staaten, die für die deutsche Papiererzeugungs-Industrie als Konkurrenzländer in Frage kommen, entweder gesetzlich oder durch Tarifvertrag auf 8 Stunden pro Tag geregelt ist. Wir verweisen nur auf Schweden, Norwegen, Finnland, Tschechoslowakei, Österreich, Schweiz und andere Staaten.

Innenpolitisch bedeutet die Forderung der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen auf Verlängerung der Arbeitszeit eine Vermehrung der Arbeitslosen und damit die Gefahr innerer Unruhen. Aber auch außenpolitisch ist diese Gefahr nicht zu unterschätzen. Diese Tatsache mußte ein Vertreter der deutschen Papiererzeugungs-Industrie, und zwar der Syndikus des Vereins Deutscher Zellstoff-Fabrikanten und deutsch-nationale Reichstagsabgeordneter Dr. Lejeune-Jung, zugeben. In der Nr. 96 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1923, befindet sich die Niederschrift eines Vortrages, den Dr. Lejeune-Jung am 8. November 1923 in der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehalten hat. Nach der „Papierzeitung“ führte Dr. Lejeune-Jung folgendes aus:

England ist zweifellos heute kein Freihandelsland mehr. Das Board of Trade ist durch eine Verordnung vom 3. Februar 1923 ermächtigt worden, für gewisse gefährdete Industrien Schutz-zölle festzusetzen. Die Industriellen selbst sind berechtigt, noch Anträge zu stellen, und es genügt schon die Tatsache, daß in irgend-einem anderen Lande die Arbeiterverhältnisse anders geartet sind als in England, um solche Schutzmaßnahmen zu bewirken. Solche Maßnahmen sind bereits für Spinn durchgeföhrt worden. Untersuchungen Schweden zur Zeit beispielsweise für Aluminium und für Papier. Das gleiche wie von der Zollpolitik Amerikas und Englands Gesagte gilt auch von der Handelspolitik Frankreichs...

Einen klassischeren Jungen für die gefährlichen Auswirkungen ihrer Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit, Niedrighaltung der Löhne und Verschlechterung der sonstigen sozialen Behandlung der Arbeiter; daß auf die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern, auf die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und auf die entstehenden außenpolitischen Schwierigkeiten hätten die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen wirklich nicht finden können



Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter des Reichsarbeitsministeriums...

Die starke Wettbewerbs kommt aus Ländern, in denen zwar die Währung keine Ausnahmestellung bedeutet...

In derselben Nummer der "Papierzeitung" befindet sich ein Bericht, aus dem klar und deutlich hervorgeht...

Wir waren erstaunt über die gewaltigen Summen, die kürzlich in allen großen Fabriken, die wir besuchten...

So sehen die außenpolitischen Wirkungen der Forderungen der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen...

In den Verhandlungen vor der Schlichtungskammer und anlässlich der Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung...

Diese Forderung der Arbeitgeber schien selbst dem Schlichter des Reichsarbeitsministeriums zu bunt...

Der Schiedspruch vom 14. August 1925 und hinsichtlich der übrigen Bestimmungen des Gesamtarbeitsvertrages...

Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen. Die Kündigung kann erstmals zum 30. April 1926 ausgesprochen werden.

Dieser Schiedspruch beläuft es bei dem bisherigen Zustande. Er hat also weder der Arbeiterschaft die Verkürzung der Arbeitszeit gebracht...

Der Arbeitgeberverband lehnte den Schiedspruch ab. Unter Berücksichtigung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage der deutschen Industrie...

Durch Entschluß des Reichsarbeitsministers vom 24. Dezember 1925 ist dieser Schiedspruch für verbindlich erklärt...

Im zweiten Vierteljahr des Jahres 1926 wird infolge dessen der Kampf um die Arbeitszeit und um den Gesamtarbeitsvertrag vor neuem entbrennen...

Industrie der Steine und Erden

Ein Beitrag zur Urlaubsfrage.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß von Unternehmerseite aus versucht wird, Arbeitern den fälligen Urlaub zu verweigern...

Im vorliegenden Fall handelt es sich um die rheinische Ziegel-Industrie, wo die Ziegler wegen Lohnunterschieden in den Streik traten...

Die vom Verband der Fabrikarbeiter erhobene Klage vor den Gewerbegerichten in Solingen und Neuf hatte vollen Erfolg...

Urteil Im Namen des Volkes.

- In Sachen: 1. des Arbeiters Adam Bernroth in Neuf; 2. des Arbeiters Hermann Eichhoff in Neuf; 3. des Arbeiters Fritz Jübler in Neuf; 4. des Arbeiters Karl Kissler in Neuf; 5. des Arbeiters Ernst Wallenda in Neuf.

Sämtlich vertreten durch den Gewerkschaftssekretär Neuf in Düsseldorf, Kläger gegen

die Firma Ringosen-Ziegelei Lanzerath in Neuf, vertreten durch den Syndikus Dr. Frohn in Köln, Beklagte, hat das Gewerbegericht in Neuf in der öffentlichen Sitzung vom 17. Dezember 1925...

- 1. als Vorsitzender Stadtsyndikus Spielkamp, 2. als Beisitzer a) aus dem Kreise der Arbeitgeber Anstlehermeister Cohn; b) aus dem Kreise der Arbeitnehmer Gewerkschaftssekretär Schmitt, 4r. Recht, erkannt:

Die Beklagte wird kostenpflichtig verurteilt, an die 5 Kläger je 8,30 Mk. zu zahlen.

Tatbestand und Entscheidungsgründe.

Wegen des Sach- und Streitverhältnisses wird auf den vorgetragenen Inhalt der Akten, den Tarifvertrag und den Schiedspruch vom 7. Juli 1925 Bezug genommen.

Die Bestimmung des § 8 Absatz 5, um deren Auslegung es sich in erster Reihe handelt, lautet wie folgt:

Wenn bei unfreiwilligem, unerschuldetem Ausscheiden eines Arbeiters nur ein Monat oder weniger bis zur Erfüllung der Beschäftigungsdauer, die Anspruch auf Urlaubstage gibt, so wird trotzdem der Urlaub gewährt.

Das Gericht ist der Ansicht, daß diese Bestimmung ihrem Wortlaut und Sinn nach auf die jeweils nach der Länge der Beschäftigungsdauer zu gewährenden Urlaubstage anzuwenden ist.

Auch die Einwendung der Beklagten, die Kläger hätten sich durch einen Streik einer unentschuldigsten Arbeitsverhinderung schuldig gemacht, ist nicht durchzuführen.

Neuf, den 22. Dezember 1925. gez. Spielkamp.

Durch das Eingreifen des Verbandes sind die Ziegler nicht nur zu ihrem Rechte gekommen, sondern auch vor Schaden bewahrt worden.

Die Arbeitszeit in der rheinisch-westfälischen Kalk-Industrie.

In der rheinisch-westfälischen Kalk-Industrie, die rund 4000 Arbeiter beschäftigt und in der es sich um technisch sehr gut ausgebaute Betriebe handelt...

Table with 4 columns: In der Zeit von, Lohnen, Lohnen, Zunahme in Prozent. Rows include Gebrannter Kalk, Rohsteine, Gemahlener Rohkalk, Kalkmergel, Sinterdolomit.

Damit ist festgestellt, daß die damals für die verlängerte Arbeitszeit geltend gemachten Gründe heute nicht mehr zutreffen.

Die Arbeiterschaft muß sich aber klar sein, daß die Unternehmer die 55stündige Arbeitswoche freiwillig nicht mehr preisgeben werden.

Jugendbewegung.

Kulturverziehung durch Arbeit.

Unsere Zeitgenossen streben auf den verschiedensten Gebieten zu neuen Formen. Auch Schule und Erziehung werden von diesem neuen Willen ergriffen...

So kommt in diesem Erziehungsgebiete das gleiche zum Ausdruck, was wir von der Arbeit der Gegenwart für die Gegenwart erwarten...

zu drehen hat, und es ist eigenartig, wenn so viele diesen jüdischen Wert der Gemeinschaftsarbeit für die Jugend anerkennen...

Da ist es lehrreich, einmal den Standpunkt der großen führenden Geister unserer Kultur zu betrachten.

So traf schon Goethe für den Gedanken einer Arbeitsschule ein. In seinen "Wanderjahren" hat er uns das Ideal einer Schule geschildert...

Und in gleicher Weise war auch ein Humboldt durchdrungen von der neuen Arbeitsidee.

Deshalb ist die Neugestaltung des Wirtschaftslebens im Sinne der Gemeinschaftsarbeit die Voraussetzung für eine stiftliche Kultur.

Jugendweibe. Das Arbeiter-Bildungs-Institut (Ne Bildungsorganisation der Gewerkschaften und der Partei in Leipzig) gibt zur diesjährigen Jugendweibe ein Geschenkbüchlein...

Nachrichtlich über Abtreibungsverbot. Die Richtervereinigung Deutschösterreichs hat am 18. Dezember 1925 eine Tagung in Wien abgehalten...

Frauentagen.

Die Ermüdung stellt sich um so rascher ein, je geringer der Kräftezustand beim Beginn der Arbeit ist...

Arbeiterhaus und Arbeiterversicherung.

Ermüdung und Leistung.

Die Ermüdung stellt sich um so rascher ein, je geringer der Kräftezustand beim Beginn der Arbeit ist, d. h. je weniger ausreichend die Arbeitsruhe und die Schlafzeit war...

Aus der Krankenversicherung.

Ist die Versicherung bei der Krankenkasse als Versicherung auf Grund der Reichsversicherung?



Reichsversicherung (oder auch bei dem Reichsnachschaffungsverein) gegen Krankheit versichert gewesen sind. Der betreffende Versicherte war nun in den letzten zwei Jahren vor der Niederkauf seiner Ehefrau nicht zehn Monate bei einer Pflichtkasse, wohl aber bei einer Ersatzkasse versichert gewesen. Die Versicherung bei der Ersatzkasse wollte die Pflichtkasse des Versicherten nicht als eine Versicherung auf Grund der Reichsversicherung ansehen und wies deshalb den Anspruch auf die Wochenhilfe ab.

Nachdem das Versicherungsamt zugunsten des Versicherten entschieden hatte, gab das Oberversicherungsamt im Berufungsverfahren die Sache zur Entscheidung an das Reichsversicherungsamt ab. Dieses verurteilte in einer grundsätzlichen Entscheidung die Kasse zur Leistung der Wochenhilfe und führte begründend aus (Amtl. Nachr. 1925 S. 324):

Es fragt sich im vorliegenden Falle, ob auf Grund der Reichsversicherung im Sinne dieser Vorschrift auch diejenigen Personen versichert sind, welche während der Dauer einer versicherungspflichtigen Beschäftigung Mitglieder einer Ersatzkasse sind. Diese Frage ist zu bejahen. Der Ansicht der beklagten Kasse, daß mit Rücksicht auf die . . . abgeänderte Fassung des § 517 AVO eine andere Beurteilung eintreten müsse, läßt sich nicht beitreten. . . . Wenn auch nach dieser Vorschrift statt des Ruhens der Rechte und Pflichten eine Befreiung betriebl. Ersatzkassenmitglieder von der Mitgliedschaft bei der an sich zuständigen Krankenkasse eintritt, so ändert dies nichts daran, daß auch in diesem Falle ihre auf Gesetz beruhende Versicherungspflicht fortbesteht. Sie können daher auch nicht solchen Personen gleichgestellt werden, die . . . von der Versicherungspflicht befreit sind. Sie genießen ihrer Versicherungspflicht dadurch, daß sie Mitglieder einer Ersatzkasse werden, und müssen in diesem Falle als auf Grund der Reichsversicherung versichert gelten.

Schon im Jahre 1913 hat das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung (Amtl. Nachr. 1913, S. 680) ausgesprochen, daß die Mitglieder von Ersatzkassen als auf Grund der Reichsversicherung versichert im Sinne des § 313 Abs. 1 AVO. gelten und ihnen somit beim Auscheiden aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung auch die Folgen einer Mitgliedschaft bei einer Ersatzkasse auf die für die Fortsetzung der Mitgliedschaft in der Pflichtkasse vorgeschriebene Dauer voraufgehender Versicherung auf Grund der Reichsversicherung anzuzurechnen sind. Die Wichtigkeit der neuen, ebenfalls grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes liegt darin, daß die frühere Rechtsauffassung auch bei dem inwieweit abgeänderten Wortlaut des § 517 AVO, welcher von dem Verhältnis der Ersatzkassen zu den Pflichtkassen spricht, beibehalten worden ist.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Logische Entwicklung kommunistischer Gewerkschaften.

Die Ortsgruppe Berlin der Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter (VdaB.) nahm in ihrer Generalversammlung am 20. Dezember den Bericht vom Verbandstag entgegen. Im Anschluß daran erklärte Kaiser, der Leiter der Ortsgruppe: Der Berliner Verein wird sich den Beschlüssen des Verbandstages nicht unterwerfen. Die Zentralleitung des VdaB. und die KPD. sind darüber entkräftet und haben es gar nicht nötig, das heißt sie haben dazu kein Recht. Haben sie doch den Mitgliedern des ehemaligen Bauarbeiterverbandes fortgesetzt gepredigt, auf Verbandstagsbeschlüsse, Verbandsstatut usw. zu pfeifen. Jede Zelle sollte machen, was sie wollte; der Hauptvorstand habe nichts zu bestimmen, das sei die wahre Demokratie. Die Zelle Berlin des kommunistischen VdaB. ist also nur, was ihren Mitgliedern von den kommunistischen Hohenpriestern gelehrt worden ist. Das ist der Fluch der bösen Tat.

### Berichte aus den Zellen.

Die Gewerkschaften hier am Rhein sind hochgeopfert und die Mitglieder der freien Gewerkschaften ihrer Gewerkschaftlichkeit beraubt worden oder besser gesagt drangsalierter werden, jetzt wieder das Verhalten des katholischen Pastors Gersch aus Goch. Kommt da am 24. d. M. (2. Weihnachtstag) der Arbeiter Theodor Deichs aus Goch in die katholische Pfarrkirche, um bei seinem Entlassen die Stelle eines Pastors zu übernehmen. Der katholische Gersch der die Seele vornehmen sollte, stellte während des Festes an den Pastoren die Frage, wie er gewerkschaftlich eingestellt sei. Die Antwort lautete: Ich bin katholisch. Die katholische Kirche ist gewerkschaftlich unparteiisch. Die Frage lautete weiter: Sie sind gewerkschaftlich unparteiisch, was heißt das? Die Antwort lautete: Ich bin katholisch. Die Frage lautete weiter: Sie sind gewerkschaftlich unparteiisch, was heißt das? Die Antwort lautete: Ich bin katholisch.

Goch. Die Gewerkschaften hier am Rhein sind hochgeopfert und die Mitglieder der freien Gewerkschaften ihrer Gewerkschaftlichkeit beraubt worden oder besser gesagt drangsalierter werden, jetzt wieder das Verhalten des katholischen Pastors Gersch aus Goch. Kommt da am 24. d. M. (2. Weihnachtstag) der Arbeiter Theodor Deichs aus Goch in die katholische Pfarrkirche, um bei seinem Entlassen die Stelle eines Pastors zu übernehmen. Der katholische Gersch der die Seele vornehmen sollte, stellte während des Festes an den Pastoren die Frage, wie er gewerkschaftlich eingestellt sei. Die Antwort lautete: Ich bin katholisch. Die Frage lautete weiter: Sie sind gewerkschaftlich unparteiisch, was heißt das? Die Antwort lautete: Ich bin katholisch. Die Frage lautete weiter: Sie sind gewerkschaftlich unparteiisch, was heißt das? Die Antwort lautete: Ich bin katholisch.

Für unsere Bestrebungen, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Besserung der übrigen Arbeitsbedingungen, war diese Entwicklung nicht günstig. Auch war es nicht möglich, die Organisationsverhältnisse zu schaffen, die notwendig sind, um dem Unternehmertum Zugeständnisse in ausreichendem Maße abzurufen. Und geringere Löhne heute werden, wenn die Lohnhöhe den Lebenshaltungskosten angepaßt werden soll. Die an den jeweiligen Verhandlungen teilnehmenden Kollegen haben oft erfahren müssen, in welchem Umfang die schlechten Organisationsverhältnisse die Durchführung unserer Forderungen erschweren. Trotzdem sind aber Erfolge aufzuweisen, die auch durch die das ganze Jahr hindurch langsame Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht aufgewogen wurden, so daß also der Reallohn zu Ende des Jahres höher liegt als zu Anfang. Ingesamt sind im Jahre 1925 im Bezirk Hagen 19 Lohnbewegungen erfolgreich durchgeführt worden. Oftmals mußte vier- bis fünfmal vor den verschiedensten Instanzen verhandelt werden, um eine Erhöhung von wenigen Pfennigen zu erwirken. In einer Anzahl von Fällen konnte eine Erhöhung überhaupt nicht erzielt werden, so daß dann entweder ein tarifloser Zustand bestand oder aber das alte Abkommen verlängert werden mußte. Für die organisierten Kollegen bedeutete dieses eine große Belastungsprobe, während bei den Unorganisierten, Gleichgültigen und Indifferenten ein Erkennen der Lage nicht zu beobachten war.

Ingesamt wurden im Jahre 1925 für rund 6500 Beschäftigte über 840 000 Mark an Lohnerhöhungen erreicht.

Diese Summe hat dazu beigetragen, daß in den Familien ein Mehr an Lebensmitteln, an Kleidungsstücken und dergl. beschafft werden konnte. Der einzelne Arbeiter hat durch die Anstrengungen des Verbandes in diesem Jahre einen Mehrerwerb erzielt von:

in der Papierindustrie	91,80 Mk.
in der chemischen Industrie	129,06 Mk.
in der gemischten Industrie	140,40 Mk.
in der Zieglerindustrie	162,72 Mk.
in der Kalkindustrie	147,84 Mk.
in der Zementwaren- und Kalksteinindustrie	296,- Mk.
in der feuerfesten Industrie	148,98 Mk.
im Kalkwerk Bestwig	29,16 Mk.
in der Saline Bad Sassendorf	268,70 Mk.

Durch Urteile der Gewerbe Gerichte wurden über 25 000 Mk. herausgeholt, ein Zeichen dafür, daß viele Unternehmer die Durchführung tariflicher und privatrechtlicher Vorschriften sabotierten. An Aufklärungsarbeit konnte weit mehr geleistet werden als in den hinter uns liegenden Inflationsjahren. Bedauerlich ist, daß der Gedanke des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses noch lange nicht so gefestigt ist, wie es notwendig wäre. In Zeiten der Not weiß die Arbeiterschaft den Einfluß der Gewerkschaft wohl zu schätzen, ist aber ein Konflikt beseitigt, dann glauben sehr viele den Verband nicht mehr notwendig zu haben.

Die Zukunft liegt sehr dunkel vor uns. Niemand weiß, wie die weltwirtschaftlichen Veränderungen sich auf die deutsche Volkswirtschaft auswirken werden. Das vergangene Jahr hat gezeigt, daß die Unternehmer die bestehenden Schwierigkeiten reiflos auf Kosten der Arbeiterschaft zu überwinden gedenken. Dem kann nur durch emsige Agitation, nur durch einmütiges Zusammenstreben der Arbeiterschaft entgegengetrieben werden. Wo diese Erkenntnis besteht, kann nichts, auch scheinbares Versagen der Organisationsleitungen nicht, den Organisationsgedanken zerstören.

Hilfrop. Die Proletariermutter. In unserem kleinen Dörfchen, das ja eigentlich wegen seiner politischen Ziellosigkeit berühmt sein könnte, hat neuerdings auch eine Gewerkschaftsbewegung ausgebrochen. Hervorgehoben wurde diese Bewegung durch einige gewerkschaftlich unbedingte junge Leute und später ausgenutzt von der örtlichen Geistlichkeit. Da die Bewegung sich vornehmlich gegen den Fabrikarbeiterverband richtete, fühlte ich die Verpflichtung, den Verband zum mindesten gegen Ungerechtigkeiten zu schützen. Den grünen Trendentschen habe ich feinerlich mit den Worten vergebend: Sie wissen nicht, was sie tun! Aber den Geistlichen, denen die Not des Volkes doch am ersten ins Herz gehen sollte, die genau wissen, was sie tun, wenn zum Teil auch nur auf höheren Befehl, kann ich nicht ohne weiteres vergebend. Natürlich ist es immer und immer wieder die Religion, die herhalten muß, um den Keil der Verspottung immer tiefer in den Gewerkschaftskörper hineinzutreiben. Es war am heiligen Eucharistiefest wo auf der Kanzel das Gedicht Die Proletariermutter von Jürgen Brand (Proletarier Nr. 51, 1925) verhalten wurde. Die weltliche Strophe war es, die nach der Auffassung des Pfarrers den Arbeitern das kostbarste Gut, was er noch besitzt, den Glauben an dem Herzen reißen sollte. Eine schwere Gotteslästerung sei der Satz: Nein, nein, mein Kind, bei meinem Schwur: Er ist ein Gott der Reichen nur! Der Herr Pfarrer meint dann, wir müssen uns als Katholiken so etwas verschaffen, und die Zeitung muß dies zurücknehmen, sonst fort mit dem Pfarrer. Aber lieber Herr Pfarrer, ist es nicht richtig, daß das Christkind zu Weihnachten mit zweierlei Maß mißt? Die eine Seite bekommt viel, die andere gar nichts. Ist das Gedicht in einem anderen Sinne geschrieben? Hätten Sie beim Schreiben des schönen Gedichtes doch etwas weiter gedacht. Oder dachten Sie: Der Arbeiter weiß das nicht, und wollen was hiermit den letzten Schlag versetzen? Tatsache ist, daß man mich nach dem Vorlesung der Strophe bestürzt und die große Mehrheit der bei uns organisierten Kollegen einen anderen Begriff von dem Gedichte hatte, als Sie ihn haben wollten und auslegen haben. Die Schriftleitung des Proletariers hat unserer Auffassung nach also nichts zurückzunehmen. Bisher sind wir untereinander immer noch auf ausgenommen, da Sie aber die Kanzel gebrauchten, bin ich verpflichtet, den Proletarier zu nehmen. Ferdinand Müllmann.

Nachschiff der Redaktion: Die Gewerkschaften über eine gewisse freie Zeit verfügen, beweist die Tatsache, daß sie ihre Kasse in aller Eile räumen, was nicht ihres Amtes ist. Neuerdings kommen sie unter Mißbrauch ihres Amtes und der Steuererheber für die christlichen Gewerkschaften, die sie früher beschlagnahmten, als noch die katholische Kirchabteilung Trumpf war. Eine beispiellose Höhe gegen die freien Gewerkschaften hat in letzter Zeit einmüßig von der genannten Seite. Was würde denn Christus etwa zu unserer vorgetragenen Strophe in dem Gedicht Die Proletariermutter sagen? Er würde folgendes: Ihr lieben Arbeitsheld und Arbeitermutter! Wenn ihr immer und immer wieder erzählt von der Güte und Allmacht Gottes, vor dessen Anblick es weder Arme noch Reiche gebe, und wenn ihr ihnen und den Kleinen den Spruch einprägt: Alle Jahre wieder kommt das Christkind auf die Erde nieder, wo wir Menschen sind; kehrt mit keinem Gesen ein in jedes Haus! usw., was die nicht bei der dunklen Nacht, die ihr Kind lebt, vielleicht mehr als die reiche Mutter, Erbitterung Pfah greifen in ihrem weichen Herzen, wenn sie ihrem Kinde von all den Herrlichkeiten berichten nicht sehen, ja es nicht einmal kitzeln kann? Und in ihrer Herzlosigkeit und in ihrer höchsten Denkwürdigkeit hat sie dem hilflosen Kinde: Gott kommt nur zu den Reichen. Sie hat in ihrer Welle unter dem Eindruck ihrer wackeren Hilfslosigkeit die Drohung der Geistlichen erregelt, denn ihr sind die überjämmernden Betreibungen nicht gelöst. Sie steht mit beiden Füßen auf dem Boden, und zwar im Eifer. Wenn Sie, Herr Pfarrer, die Sprache des Volkes verstanden, hätten Sie geschwiegen oder doch aus dem Gedicht herausgeholt, was darin steht. Das Gedicht ist eine aus der Wirklichkeit heraus empfundene Inspiration. Es wäre besser bestellt um die Kirche, wenn die Herren Nachfolger Jesu mehr im Sinne Jesu Christi wären, wöhrten statt die Arbeiterschaft organisatorisch zu verarmen um im Interesse der Reichen. Und die weitere Ursache der Hege der Geistlichen? Die Herren behaupten, daß die Arbeiterschaft durch die wirtschaftliche Not immer mehr zusammengekauert wird. Die aus dieser Not gemordene Tatsache, daß auch politische ein anderer Wind weht, daß Zentral- und Sozialdemokratie sehr oft gemeinsam gehen und handeln, das Aufsteigen der Richtung Marx paßt den Geistlichen gar nicht.

So gilt es denn, die Arbeiterschaft gewerkschaftlich zu schützen, daß und Erhaltung in die Reihen der Arbeiter zu ziehen. Es gilt, die freien Gewerkschaften mit dem Bannstrahl — der allerdings verlagert — zu treffen, weil sie energisch tun, was Jesus auch tat: einreten für die Armen, für die Erleideten. Wir wenden uns nicht gegen die Kirche, nicht gegen die Religion, ja wir möchten, wir hätten Zustände, wie Jesus sie anstrebte. Aber wir wenden uns gegen jene Geistlichen, die statt im Geiste Jesu verhöhnend zu wirken, nichts Besseres zu tun wissen, als im Gotteshaus von der Kanzel herab die Arbeiterschaft gegeneinanderzubehnen. Das ist Gotteslästerung schlimmster Art.

### Wirtschaftliches.

Gegen den Erfinder, zugunsten des Kapitals. Der Schuhmacher schreibt: Durch die Erstellung eines Patents oder die Eintragung eines Gebrauchsmusters hat der Erfinder noch kein absolutes, unbestreitbares Recht auf den Schutz der vermeintlichen Erfindung erlangt. So wie das Patent durch die Patentnichtigkeitklage angefochten werden kann, ist bei begründeten Einreden auch nachträglich die Berechtigung des Schutz zu erbitten. Ein wesentlicher Umstand, den der Erfinder oft nicht beachtet, ist der, daß die Erfindung vor der Eintragung nicht in den Verkehr gebracht und auch nicht bekannt werden darf. Unvorsichtigkeiten in dieser Beziehung haben Erfinder oft schon um den ganzen Nutzen ihrer Erfindung gebracht. Dieses Mißgeschick hat neuerdings wieder ein Schuhmachermeister in Braunshweig erfahren. Er hatte während der Inflation mit Nahrungssorgen zu kämpfen und erhielt von einer Schuhfabrik Heimat. Die Fabrik beauftragte ihn mit der Herstellung von Klettstiefeln. Er erlangte nun eine ganz neue Art von Klettstiefeln, von der er im Frühjahr 1922 der Schuhfabrik eine Anzahl lieferte. Im April 1922 langte er der Firma, daß er den Stiefel zum Patent angemeldet habe. Die Schuhfabrik protestierte und verlangte den Stiefel für sich. Auf seine Anmeldung wurde jedoch dem Schuhmachermeister als Erfinder ein Gebrauchsmuster auf den Klettstiefel eingetragen. Die Schuhfabrik bestritt die Berechtigung und stellte den Stiefel trotzdem weiter her. Die darauf vom Erfinder erhobene Klage auf Unterlassung der Gebrauchsmusterverletzung ist in allen Instanzen abgewiesen worden, weil die Erfindung zur Zeit der Anmeldung schon bekannt war. In den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen hierzu heißt es: Überließ der Kläger sein Erzeugnis an die Beklagte, obwohl er wußte, daß sie damit Handel zu treiben beabsichtigte, so gab er das Muster der Allgemeinheit preis.

Die Direktoren-Inflation in der Kall-Industrie.

Von dem zweierlei Maß beim Abban der Industrieangestellten finden wir einen lehrreichen Beitrag in der Deutschen Techniker-Zeitung, dem Organ des Bata. Es heißt dort u. a.: Für die Zeit vom 1. April 1924 bis 1. April 1925 sind die Angestelltenzahlen für den Kallbergbau in folgender Höhe ermittelt:

	1. 4. 1924	1. 4. 1925	%
Technische Angestellte	2066	1363	- 34,05
Kaufmännische Angestellte	1787	1271	- 28,88
Sonstige Angestellte	53	43	- 19,00
Summe der Tarifangestellten	3906	2677	- 31,03
Direktoren usw.	529	552	+ 4,30
Summe aller Angestellten	4435	3229	- 27,40

Die unter den Tarif fallenden Angestellten hatten sich wesentlich vermindert, während die Direktoren, Prokuristen usw., die nicht unter den Tarif fallen, der Zahl nach nicht nur nicht abgenommen, sondern noch zugenommen haben.

### Verbandsnachrichten.

Für unsere im Kampfe lebenden Mitglieder sind beim Hauptvorstande eingegangen: Von der Meisterchaft der Rheinania in Dransbittelhoog 31,50 Mark.

### Die Zelle Höchst a. M.

Sucht zum 20. Januar 1926 einen tüchtigen Geschäftsführer.

Reflektiert wird auf eine erste Kraft. Bewerber müssen fünf Jahre in unserem Verbandsorganisiert, rednerisch befähigt, und organisatorisch tätig gewesen sein. Außerdem müssen die Bewerber Erfahrungen in der chemischen Industrie besitzen. Dem Bewerbungsschreiben ist eine Abhandlung über den Lebenslauf und eine Arbeit über folgende Fragen beizufügen:

1. Wie ist die Agitation für unseren Verband am erfolgreichsten zu betreiben?
  2. Wie ist die innere Leitung und Verwaltung einer Zelle zu gestalten?
- Die Einstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Bezirks V. T. Städtekl. I, Lohngruppe III. Bisserige Dienstzeit wird angerechnet. Bewerbungen sind bis 15. Januar 1926 einzureichen an den Kollegen Leonhardt Roth, Nied a. M., Elisabethenstr. 1. L. [9,50 Mk.]

### Literarisches.

Bernhard Wilhelm: Im Wildgatter und draußen. Tiergeschichten mit Federzeichnungen. 160 Seiten Oktav. Preis: gebunden 3 Mk. Wer will mit hinaus zur Mutter, nämlich zur lieben Mutter Natur? So klingt es förmlich aus dem neuesten Werke des uns schon so früher her bekannten Verfassers beliebter Werke, die heute alle vergriffen sind. Wer die freie Natur nicht kennt, der lernt sie aus der Lektüre dieses prächtigen Buches kennen, und wer die Natur mit Flora und Fauna nicht liebt, der lernt sie lieben, wenn er Wilhelm's Werk liest. Der Leser vergißt ganz, wo er ist, er erlebt mit, was er liest, und bedauert, daß das Buch nach 160 Seiten prächtigen Lesstoffes zu Ende ist. Aber das Buch ist nie zu Ende. Es zieht uns immer wieder zu dem Buche hin. Man liest es immer wieder, denn man erlebt in ihm immer aufs neue ein Stück Natur, man wird Mensch. Bernhard Wilhelm hat in seinem Naturbuch Leben und Psyche vieler Tiere prächtig geschildert. Eine Unmenge Feinheiten aus Natur und Leben, die er erkennt und eingefangen hat, gibt er uns. Er ist seinem Grundsatze: Steht mit den Augen, was du kannst fassen! überreichlich gerecht geworden. Er vermittelt uns Naturerkenntnisse, an denen wir früher wie blind vorbeiliefen. Hübsche Federzeichnungen erhöhen den Reiz des Gelesenen und verstärken das sinnliche Schauen und Miterleben. Seine Art zu schreiben ist ganz individuell und köstlich, denn sie ist natürlich. Die wunderhübsch läßt er uns den Widerer und seine Leidenschaften spüren, und man kostet alle Schönheiten der Natur mit, wenn man im Geiste seine Fahrt im Naturboot stromabwärts mitmacht: mit lebendigen Sinnen und wachen Augen trinken wir Zug um Zug aus dem vollen Pokal, den uns die Mutter Natur kredenzt. Das Buch Wilhelm's hat Donnerwort.